

II- 7330 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3504 W

1992-09-23

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Keppelmüller, DDr Niederwieser, Strobl,
Mag Guggenberger
und Genossen
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend die Weiterführung der Arbeiten im Sinne der "Alpenkonvention"

Die soeben eingelangte Regierungsvorlage zum "Übereinkommen zum Schutz der Alpen" (Alpenkonvention) (628 dB) gibt Anlaß, neben den dort vor allem zum Ausdruck kommenden rechtlichen und organisatorischen Aspekten auch die Frage nach der Verfolgung der anspruchsvollen ökologischen Zielsetzungen aufzuwerfen. Da diesen Zielen nur durch das Engagement weiter Kreise der Bevölkerung entsprochen werden kann, erhebt sich weiters die Frage nach Transparenz, Mitwirkungsmöglichkeit etc.

Die unterzeichnenden Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie daher nachstehende

Anfrage:

1. Welche konkreten Maßnahmen gem. Art. 2 Abs. 2 lit a-l wurden von den (Sub)Arbeitsgruppen erarbeitet und sind im Vorschlag?
2. Welche Programme, Expertisen usf. dienen den österreichischen Vertretern in den in Pkt. 1 angeführten Gebieten als Verhandlungsgrundlagen?
3. In welcher Form werden innerösterreichisch interessierte und engagierte BürgerInnen, NGOs usf. informiert und wie können von diesen Vorschläge eingebracht werden?
4. Ist die Mitwirkungsmöglichkeit der alpinen Verbände innerösterreichisch gesichert?
5. Warum werden neben den Landeshauptleuten und Landesamtsdirektoren nicht auch die Landtage über den aktuellen Stand der Arbeiten" informiert?